

PRESSEMITTEILUNG

25. September 2025

EU gewinnt im Osten ökonomisch an Einfluss, verliert aber in Nordafrika und der Türkei an China

- *Neuer Geoökonomie-Index misst Stärke der EU in ihrer Nachbarschaft*
- *EU mit Abstrichen nach wie vor stärkster Player*
- *China avanciert zum zentralen Gegenspieler*
- *Ökonomischer Einflussverlust in Nordafrika und Nahem Osten*
- *EU auf Kosten Russlands stärkster Akteur in der Ukraine und der Moldau*
- *Russlands Einfluss in der östlichen Nachbarschaft stark rückläufig*
- *Starke Position der EU am Westbalkan in Gefahr*
- *Einflussverlust in der Türkei zugunsten Chinas und Russlands*

Die geopolitischen Spannungen spitzen sich zu: Russlands Überfall auf die Ukraine eskaliert im vierten Kriegsjahr immer mehr, die Drohgebärden Chinas gegenüber Taiwan werden lauter und Trumps Handelsdisput mit der ganzen Welt sorgt für wirtschaftliche Unsicherheit, während sich die USA von Europa abwenden und mit China auf einen neuen Kalten Krieg zusteuern. Mittendrin sitzt zwischen allen Stühlen die EU und hat Mühe damit, auf die Rückkehr der klassischen Großmachtspolitik adäquat zu reagieren.

„Damit stellt sich die Frage, wie sich die veränderte geopolitische Situation vor der Tür der EU manifestiert und ob die Union ihre wirtschaftliche Kraft auch für politische Geländegewinne in ihrer Nachbarschaft nutzen kann“, sagt Etienne Höra, Handelsexperte der Bertelsmann Stiftung und Co-Autor der Studie.

Vor diesem Hintergrund haben das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw), die Bertelsmann Stiftung und das European Centre for International Political Economy (ECIPE) den neuen Geoökonomie-Interkonnektivitäts-Index mit dem Namen *GEOII* entwickelt. Er misst die Entwicklung des geoökonomischen Einflusses der EU in ihrer Nachbarschaft zwischen 2010 und 2023. Der Index zeigt auf, wo die Stärken der Union liegen, und wo sie strategischen Handlungsbedarf hat. Die wesentlichen Ergebnisse samt umfangreicher Handlungsempfehlungen für die EU werden auch in einer gemeinsamen Studie dargelegt.

Konkret wird anhand der Handels- und Finanzströme sowie der politischen Verflechtungen die Stärke der EU in ihrer östlichen Nachbarschaft, am Westbalkan, in der Türkei und in ihrer südlichen Nachbarschaft in Nordafrika und dem Nahen Osten im Vergleich zu China, Russland und den USA analysiert. Die Dimensionen Handel und finanzielle Verflechtungen umfassen dabei 22 respektive sieben Indikatoren. Die politische Dimension beleuchtet 14 Indikatoren, die von Handelsabkommen über gesetzliche Regulierungen bis hin zu Waffenlieferungen reichen.

China avanciert zum zentralen Gegenspieler

Zentrale Ergebnisse: Insgesamt bleibt die EU zwar der stärkste Player in ihrer Nachbarschaft, China kristallisiert sich aber eindeutig als der stärkste Konkurrent heraus, auch wenn Pekings Einfluss von Nachbarschaftsregion zu Nachbarschaftsregion unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Generell wächst Chinas Fußabdruck über die Bereiche Handel, Infrastrukturprojekte und Investitionen. Obwohl die EU nach wie vor in ihrer südlichen Nachbarschaft (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Palästina, Syrien und Tunesien) und der Türkei der stärkste Player ist, hat sie in wirtschaftlicher Hinsicht gegenüber China stark verloren, so zum Beispiel beim Export von Hightech-Gütern. Politisch ist sie jedenfalls eng mit diesen Staaten verbunden.

„Der Nahe Osten, Nordafrika und die Türkei sind gute Beispiele dafür, wie sich eine stärkere politische Vernetzung für die EU nicht unbedingt in einer Intensivierung der Wirtschaftskooperation niederschlägt. Das Gegenteil ist der Fall, auch wenn die EU für diese Länder noch immer der wichtigste Handels- und Investitionspartner ist. Für eine stärkere wirtschaftliche Anbindung müsste die Union auch ihre ökonomischen Anstrengungen intensivieren, um China nicht das Feld zu überlassen“, sagt Philipp Lamprecht, Handelsökonom und Direktor am European Centre for International Political Economy (ECIPE).

EU auf Kosten Russlands stärkster Akteur in der Ukraine und Moldau

In der östlichen Nachbarschaft der EU (Ukraine, Moldau, Belarus, Georgien, Armenien und Aserbaidschan) ist China hingegen auf dem Rückzug, noch dazu von einer vergleichsweise schwachen Position aus. Im Osten hat die EU auf Kosten Russlands massiv an Einfluss gewonnen und es als den dominierenden Akteur verdrängt, vor allem in der Ukraine und in der Moldau, auch wenn Russland nach wie vor eine militärische Vormachtstellung innehat und die kriegerische Aggression gegen die Ukraine die Region in Atem hält. In ihrer östlichen Nachbarschaft gibt die Union mittlerweile beim Handel, bei den finanziellen Verflechtungen und auch politisch deutlich den Ton an und hat damit die früheren Einflussverhältnisse klar umgedreht. Ein wesentlicher Grund dafür war der EU-Kandidatenstatus für die Ukraine und Moldau nach dem russischen Überfall, während das dritte Kandidatenland, Georgien, in seiner Anbindung an die EU stagniert.

Moskau verliert stark an Einfluss

Russland ist der große Verlierer in der östlichen Nachbarschaft der EU, vor allem seit seiner großangelegten Invasion der Ukraine im Februar 2022. Das zeigt sich auch bei Hard-Power-Indikatoren wie Waffengeschäften. Noch vor 15 Jahren fungierte es als wichtigster Rüstungslieferant dieser Länder. Durch die umfangreichen Waffenlieferungen aus den EU-Staaten an die Ukraine hat mittlerweile die Union diese Position inne. Nur zu Belarus und Armenien unterhält Moskau nach wie vor sehr enge Beziehungen. Die USA unterstützen zwar die Ukraine militärisch und finanziell in beträchtlichem Umfang, ansonsten bleibt ihr ökonomischer und politischer Fußabdruck in der Region aber überschaubar.

„Brüssel und die Mitgliedsstaaten müssen ihre Anstrengungen für eine erfolgreiche Integration der Ukraine und Moldaus vervielfachen, dürfen dabei aber auch Georgien nicht vergessen, um

nicht Russland wieder das Feld zu überlassen oder China in sein direktes Einflussgebiet einzuladen“, konstatiert Richard Grieveson, stv. Direktor des wiiw und Co-Autor der Studie.

Starke Position der EU am Westbalkan in Gefahr

Die in jeder Hinsicht am stärksten mit der EU vernetzte Nachbarschaftsregion ist der Westbalkan, also die Staaten Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. Alle sechs Länder sind Kandidaten für eine EU-Mitgliedschaft, vier von ihnen führen mit Brüssel bereits Beitrittsverhandlungen. Politisches Desinteresse in Westeuropa, ein sich schon lange hinziehender Beitrittsprozess und ein immer stärker auftretendes China gefährden allerdings längerfristig den großen Einfluss der EU am Westbalkan. *„Es ist wichtiger denn je, den Westbalkan stärker aus einer geoökonomischen Perspektive zu betrachten und strategische Fragen der Geoökonomie in dieser Region zu einer klaren Priorität für die politischen Entscheidungsträger in Brüssel zu machen*“, meint Philipp Lamprecht vom European Centre for International Political Economy (ECIPE).

Laut dem *GEOII*-Index ist die EU in allen drei Bereichen – Handel, Finanzen und politische Dimension – mit großem Abstand führend. Auf Platz zwei rangiert aber bereits China, das mit strategischen Partnerschaften und über Infrastrukturinvestitionen vor allem in Serbien und Montenegro seine Position stark ausbauen konnte. Russland hat in den sechs Westbalkanstaaten dagegen kontinuierlich an geoökonomischem Einfluss verloren. Die USA pflegen zwar eine gewisse politische Zusammenarbeit, spielen ökonomisch aber kaum eine Rolle.

„Um ihre starke Position am Westbalkan zu erhalten, die Einflussmöglichkeiten externer Konkurrenten zu begrenzen und diese Länder schneller an Europa heranzuführen, braucht die EU einen reformierten Beitrittsprozess, der eine stufenweise EU-Mitgliedschaft in Teilbereichen vor der Vollmitgliedschaft ermöglicht“, meint Etienne Höra von der Bertelsmann Stiftung.

Einflussverlust in der Türkei zugunsten Chinas und Russlands

Herausfordernd bleibt auch das Verhältnis zur Türkei, einem der wichtigsten Wirtschaftspartner der EU in ihrer Nachbarschaft. Vor allem die Zollunion zwischen Brüssel und Ankara im Jahr 1995 hat den Handel zwischen beiden stark ansteigen lassen. Geopolitische Spannungen und die starke Konkurrenz durch China und Russland haben die Position der Union aber unterminiert, vor allem in den Bereichen Finanzen und Hochtechnologieexporte. So konnte Peking seine Ausfuhren von High-Tech-Produkten in die Türkei stark steigern und investiert auch immer mehr Geld in neue Projekte auf der grünen Wiese, so zum Beispiel in ein großes neues Werk für Elektroautos des chinesischen Herstellers BYD.

Russland avancierte gleichzeitig zum wichtigsten Lieferanten von fossilen Energieträgern und Rohstoffen und konnte auch die Rüstungskooperation mit der Türkei ausbauen, siehe den umstrittenen Verkauf des russischen Flugabwehrsystems S-400 an den NATO-Staat. Die Position der USA in der Türkei schwächtelt dagegen schon seit längerer Zeit, vor allem in den Bereichen Handel und Investitionen, nicht zuletzt aufgrund der sicherheitspolitischen Spannungen zwischen Ankara und Washington.

„Für die EU ist es daher von strategischer Bedeutung, die Zollunion mit der Türkei zu modernisieren und die Bereiche Landwirtschaft, Dienstleistungen und öffentliches Beschaffungswesen auszubauen. Das könnte das volle ökonomische Potenzial heben und die Konkurrenten China und Russland auf Distanz halten“, sagt Richard Grieveson vom wiiw. „Letztlich geht es hier auch darum, die Türkei politisch stärker an die EU anzubinden“, so Grieveson.

[Die gesamte Studie steht hier zum Download zur Verfügung.](#)

[Der Geoeconomic Interconnectivity Index GEOII wird am 1. Oktober um 14:00 Uhr im Rahmen eines Online-Events präsentiert.](#)

Über das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw)

Das wiiw ist ein wirtschaftswissenschaftlicher Thinktank, der seit über 50 Jahren volkswirtschaftliche Analysen und Prognosen zu derzeit 23 Ländern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa erstellt. Zudem betreibt das wiiw Forschung zu den Bereichen europäische Integration, Makroökonomie, internationale Wirtschaft, Industriestudien, Arbeitsmärkte und regionale Entwicklung. www.wiiw.ac.at

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Programme: Bildung und Next Generation, Demokratie und Zusammenhalt, Digitalisierung und Gemeinwohl, Europas Zukunft, Gesundheit, Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet. www.bertelsmann-stiftung.de

Über das Europäische Zentrum für Internationale Politische Ökonomie (ECIPE)

Das Europäische Zentrum für Internationale Politische Ökonomie (ECIPE) ist ein forschungsbasierter Think Tank in Brüssel, der Entscheidungsträgern und Beobachtern fundierte wirtschaftliche und politische Analysen zu europäischer und internationaler Handelspolitik, Regulierung, dem Binnenmarkt, der digitalen Wirtschaft, Globalisierung und anderen für Europa wichtigen internationalen wirtschaftspolitischen Themen bietet. ECIPE wurde 2006 gegründet und betreibt Politikforschung, veröffentlicht Studien, Berichte und Bücher und organisiert zudem Seminare, Konferenzen und Diskussionsrunden. www.ecipe.org

Rückfragehinweis:

Andreas Knapp

Communications Manager

Tel. +43 680 13 42 785

knapp@wiiw.ac.at

Etienne Höra

Trade Expert

Tel. +49 52 41 8181-197

etienne.hoera@bertelsmann-stiftung.de

Philipp Lamprecht

Director

Tel. +32 499 053 102

philipp.lamprecht@ecipe.org